

Begrüßung bei der Bundestagung am 17.11.17

„Demokratie offensiv leben“ – warum dieses Thema ?

-es formuliert einen Imperativ: Verfassung und deren Grundsätze gelten uneingeschränkt und sind als Maßstab zu akzeptieren – für Strukturen, Vorgaben und Abläufe ebenso wie für das Miteinander in Schule **und** Gesellschaft!

Nur wenn wir **tagtäglich** danach handeln, **sind wir**, ist unsere Gesellschaft, **glaubwürdig** in der Erwartung an alle Mitglieder – Schüler wie Erwachsene, alt eingesessene wie neu zugezogene – **ebenfalls** diese Grundsätze zu **respektieren und danach zu leben**.

Angesichts aktueller extremistischer Herausforderungen muss die Schule auch dafür **angemessene** Antworten finden. Wir haben zu 3 Aspekten ausgewiesene Experten gewonnen: die Sprachwissenschaftlerin Rosemarie Tracy von der UNI Mannheim zu „Sprache und Identität“, den Psychologen Ahmad Mansour aus Berlin zu „Islam und demokratischer Aufklärung“ sowie den Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Kurt Edler aus Hamburg zu „demokratischer Resilienz“. Sie werden für uns beleuchten, wie wir offensiv mit den Herausforderungen von Zuwanderung und Extremismus umgehen können, wie wir dabei Verfassungsgrundsätze als Maßstab anwenden, wie weit ein wertschätzender Umgang mit vielfältiger Verschiedenheit reicht, wie wir offensiv ein demokratisches Miteinander in der Schule gestalten. Nach der Vertiefung in den Foren wird ein Podiumsgespräch aufgreifen, was für uns je einzeln „demokratisch offensiv leben“ bedeutet, wie wir je einzeln (und in unseren Verbänden) diesem Imperativ folgen, vielleicht auch, wie wir je einzeln in diesem Lichte mit unserer eigenen Rolle und unseren wohlfeilen Privilegien umgehen.

Warum sind wir in Frankfurt in der Paul-Hindemith-Schule?

Im September 2016 haben wir in der Goethe-UNI – gemeinsam mit unseren Bündnispartnern – den Kongress „Eine für Alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ veranstaltet. Er war Auftakt für eine Kampagne, mit der wir die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems einfordern und radikal begründen. Eine inklusive Sicht der

Gesellschaft bedeutet, alle gehören dazu, Alteingesessene und Geflüchtete, Migranten und Ur-Frankfurter – zum Stadtteil Gallus ist diese Vielfalt seit Jahrzehnten gelebte Realität, für die Hindemithschule selbstverständliche Grundlage ihrer Arbeit – die IGS war von Anfang an die inklusive Schule für die Demokratie

Frankfurt wächst, muss neue Schulen bauen – aber welche?

Alle Kinder einer Stadt sind gleich wert und würdig. Wichtig ist für alle und vor allem - für sie selbst und gleichermaßen das ganze Gemeinwesen - dass sie alle gut und erfolgreich lernen können. Aber lange schon prägt Konkurrenz, das Streben nach dem eigenen Vorteil auch den Alltag in den Schulen, letztlich sogar die Schullandschaft. Das selbstverständliche Nutzen eigener Vorteile, die Sicherung von Privilegien, steuert Handeln und Argumentation vieler Eltern, Gemeinwohl und Gemeinsinn sind schnell aus dem Blick - auch politisch ?!

Öffentlich wird die „**Vielfalt der Schulen**“ propagiert (O-Ton Frau Wiesmann, neue CDU-MdB Ffm – aktuell auch durch die FDP in Berlin) und damit billigend in Kauf genommen oder mit Absicht unterschlagen - dass diese Strategie die **Vielfalt in den Schulen reduziert**.

Statt Verschiedenheit der Lebensverhältnisse und individuelle Vielfalt wert zu schätzen, ihr in den Schulen Raum zu geben, wird so eine „Sonderung“ der Kinder propagiert- obwohl das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich Vielfalt der Schüler als Merkmal öffentlicher Schulen benannt und daraus 1993 seine Entscheidung zur Finanzierung der Privatschulen begründet. Einzig die Einhaltung dieses Sonderungsverbots legitimiert die öffentliche Finanzierung der Privatschulen mit bis zu 90% !! Privatschulen ignorieren dieses Sonderungsverbot, erheben zu hohes Schulgeld oder Förderbeiträge und bieten keine Freiplätze. Damit verstoßen sie explizit gegen das Gebot des Art 7, GG(Sonderungsverbot) - die fehlende Kontrolle durch die staatlichen Stellen deckt diese Praxis! Z.B. erfolgt trotz klarer Befunde für Hessen keine Abmahnung, schon gar nicht wird die Finanzierung eingestellt !! Für Frankfurt von besonderem Gewicht, gehen hier doch mittlerweile knapp 20% aller Schüler*innen in private Grund- wie Sekundarstufenschulen!! Darüber hinaus ist **Vielfalt in den Schulen** als Verfassungsgebot endlich auch für das öffentliche Schulsystem einzufordern! Wenn stattdessen, wie hier in Frankfurt, in neuen Stadtteilen quasi automatisch Gymnasien neben IGS neu errichtet werden, setzt dies nicht nur die fragwürdige „Sonderung“ fort, es wird zugleich (vom hessischen Kultusministerium wohl in voller Absicht) – in Kauf genommen, dass die Gesamtschule öffentlich einmal mehr nur als Auffangbecken neben dem Gymnasium statt als ersetzende Schule für das ganze System wahrgenommen wird.

Vor allem aber wird die Chance vergeben, mit „der Inklusion“ endlich eine „inklusive Sicht“ ins öffentliche Bewusstsein zu heben und klar zu benennen, dass nur gemeinsames Aufwachsen und Lernen **aller Kinder in einer** Schule demokratisches Miteinander, respektvollen Umgang mit Verschiedenheit und Vielfalt als Voraussetzung gelingenden Zusammenlebens bewusst und erlernbar macht – und dies die einzig legitime Form einer inklusiven Schule für die Demokratie darstellt. Das Recht auf inklusive Beschulung wird nur genutzt, um den Gesamtschulen quasi exklusiv eine formale Erfüllung „der Inklusion“ aufzudrücken, statt die zentrale Bedeutung für alle öffentlichen Schulen und die Gesellschaft insgesamt zu betonen!! Wen wundert's, dass stattdessen nur am Vorteil des eigenen Kindes orientierte Eltern lautstark und selbstgerecht darauf pochen, dass ihre Forderungen nach separierenden Schulen schlicht zu erfüllen seien. Die Verfassungsgebote, die Grundwerte der Demokratie, müssen dem offensiv entgegengestellt werden. Dazu müssen wir auch die vielfältigen, oftmals subtilen Ab- und Ausgrenzungsmechanismen in Struktur und Abläufen benennen, deren wertende Einordnung anprangern und die Folgen aufzeigen. Hier können wir in den Schulen sofort ansetzen, damit nachwachsende Generationen nicht länger durch die Erfahrung vergleichender Bewertung/ Noten und wertender Einstufung/Zuweisung, Sitzenbleiben oder Abschulung in ihrem Selbst- und Gesellschaftsbild geprägt werden.

Die soziale Segregation der Wohnviertel längs ökonomischer Linien ist bekannte Realität, war im Stadtteil Gallus schon immer sichtbar - das neu hinzugebaute Europaviertel macht es nun überdeutlich. Die Hindemith-Schule, seit Errichtung der IGS eine mögliche gemeinsame Perspektive für alle Kinder bis Klasse 10, ist vom Rande des Gallus an die Nahtstelle der beiden Viertel gerückt, kann und soll nun Herzstück des Bildungscampus Gallus werden, der sich gemeinsames Aufwachsen und erfolgreiches gemeinsames Lernen aller Kinder im Gallus und Europaviertel zur Aufgabe macht. Die soziale Separierung kann nur überwunden werden, wenn es gelingt, auch individuelle Vorteile gemeinsamen Lernens von Kindern aus unterschiedlichen Lebensverhältnissen hervorzuheben und durch vielfältige, erfolgreiche Praxis zu belegen - da hilft der kollegiale Schulterchluss der Grund- und Gesamtschulen, dazu braucht es aber auch eine klare Präferenz der politisch Verantwortlichen – in diesem Sinne hoffen wir heute auf ein entsprechendes Grußwort von Stadträtin Weber, der Integrations- und Schuldezernentin der Stadt Frankfurt.

Ich wünsche uns allen bei dieser Tagung erhellende Einsichten und bestärkende Perspektiven für die eine, die inklusive Schule für alle Kinder.